

Industrielle Organisationsformen der Neuzeit

Autor(en): **P.U.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **14 (1922)**

Heft 8

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-351673>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

In Anbetracht der hohen Wichtigkeit der Volksabstimmung für die Arbeiterschaft der Schweiz wie in Anbetracht des Eindruckes des Abstimmungsergebnisses im Ausland gilt es, schon bei der Unterschriftensammlung alle verfügbaren Kräfte mobil zu machen.

Der Gewerkschäfter, der gewohnt ist, für die Durchsetzung seiner Forderungen wochen- und monatelang im Streik zu verharren, der Massregelungen und Geldopfer auf sich nimmt, wird in diesem Referendumskampf, der keine materiellen Opfer fordert, seinen Mann stellen. Davon sind wir überzeugt. Wir appellieren daher an alle Gewerkschäfter, an die Vertrauensleute und Vorstände der Gewerkschaften, sich energisch an der Unterschriftensammlung zu beteiligen und damit dem Anschlag auf die 48stundenwoche die Prognose auf eine wuchtige Verwerfung zu stellen.



Polemisch.

Wir haben das dringende Bedürfnis, unserer Antipodin, der «Schweizerischen Arbeitgeberzeitung», wieder einmal ein paar Zeilen zu widmen, um einiges von dem wieder aufzurichten, was sie umgebogen hat.

In der Nummer vom 24. Juni befasst sie sich mit den auf dem Gewerkschaftskongress angenommenen Resolutionen. Sie macht zwar ihre Leser mit dem Wortlaut der Resolutionen nicht bekannt, fühlt sich aber für verpflichtet, einige Brocken herauszufischen, um damit zu beweisen, wie bodenlos oberflächlich und leichtfertig die Leitung des Gewerkschaftsbundes die Probleme behandle. Sie schreibt: «Freilich, über einen Hauptpunkt äussert sich die Resolution nicht, nämlich über die Mittel und Wege, durch welche den unter der Krise leidenden Betrieben, insbesondere der Industrie, Arbeit und den in ihr Beschäftigten Brot beschafft werden soll.»

Diese Sorge um die Brotbeschaffung steht der «Arbeitgeberzeitung» schlecht an angesichts ihrer fortgesetzten Hetze gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt. Im übrigen haben wir uns auch über die Mittel und Wege geäussert, wie Arbeit und Brot beschafft werden könnte, und zwar sowohl in unsern Resolutionen (Öffnung der Grenzen, Aufhebung der Einfuhrkontingentierung, Herabsetzung der Zölle, Festsetzung einer maximalen Gewinnmarge, Herabsetzung des Hypothekenzinsfusses, Herabsetzung der Steuern für niedere Einkommen, Einführung einer Bundessteuer, Getreidemonopol) als auch anlässlich der Genuesser Konferenz. Wir erklärten in unserer damaligen Eingabe an den Bundesrat: «Es ist unsere Ueberzeugung, dass die gegenwärtige Krise — schon in Anbetracht ihrer Ursachen und ihrer Ausdehnung — *nur durch internationale Mittel mit Erfolg* bekämpft werden kann.» Wir verlangten deshalb, dass der Bundesrat alle Vorschläge unterstützen solle, die eine Erleichterung der Notlage versprechen, gleichgültig, ob die Verwirklichung derselben eine Aenderung der Friedensverträge zur Folge hätte: vollständige und vorbehaltlose Abrüstung. Die Organisierung einer Weltanleihe, der Wiederaufbau Russlands und die Lösung des Reparationsproblems. Es sei ins Auge zu fassen die Bildung einer europäischen Zollunion als Vorstufe zu den vereinigten Staaten von Europa, die Stabilisierung der Kurse und die rationelle Verteilung der Rohstoffe. Der Bundesrat hat sich weder zu unserm Programm geäussert, noch dasselbe in Genua vertreten. Wir dürfen wohl annehmen, dass auch die Leute der «Arbeitgeberzeitung» sich mit diesen Problemen nicht befassen. Sie behaupten kühn, die Arbeiterschaft überlasse die Sorge um Beschaffung von Brot den Unternehmern. Dabei betrachten sie als vornehmstes

Mittel zur Behebung der Krise Herabsetzung der sozialen Lage der Arbeiter.

Der gleiche kurzzeitige und bornierte Krämerstandpunkt zeigt sich in einem Atikel vom 1. Juli, betitelt: Ein kritischer Wendepunkt in der Arbeitslosenfürsorge. Wenn der Artikelschreiber, der offenbar nicht weit vom Eidg. Arbeitsamt sitzt, mit den 379 Millionen Franken Unterstützung paradiert, so wollen wir doch jeder Legendenbildung vorbeugen und feststellen, dass von dieser Summe ein schöner Teil in die Taschen von Unternehmern, von Bund, Kantonen und Gemeinden zurückgeflossen ist in Form von Notstandsarbeiten und daraus erzielten Gewinnen. Die Stellung, die die «Schweiz. Arbeitgeberzeitung» zum Problem der Arbeitslosenunterstützung einnimmt, würden wir ihr in Anbetracht der Interessen, die sie vertritt, an sich gar nicht übelnehmen. Wir wissen ja, dass sie furchtbar erbst ist, wenn sie vernimmt, dass irgendwo nach beendetem Streik den Arbeitslosen Unterstützung ausbezahlt wird oder wenn ein Arbeitsloser eine ihm angebotene Arbeit ausschlägt, weil sie miserabel bezahlt ist. Wir begreifen auch, dass sich die Unternehmer von der Bezahlung von Beiträgen zu drücken versuchen. Das ist alles menschlich natürlich vom Unternehmerstandpunkt aus. Dagegen stimmt es doch verdriesslich, wenn das Blatt im «Allgemeininteresse» zum Sparen mahnt, von der «Erschöpfung» des Fonds spricht in dem Moment, da die besitzende Klasse die Bundeskuh nach Kräften melkt, den Städten vorwurfsvoll zu verstehen gibt, dass sie die Spartendenz des Bundes durchkreuzen, schliesslich von der Möglichkeit der Auswanderung mit einem tränenden und einem lachenden Auge spricht. Die Heuchelei ist schon zu gross, als dass man ernsthaft diskutieren könnte.



Industrielle Organisationsformen der Neuzeit.

In bürgerlichen Zeitungen der Schweiz finden sich in letzter Zeit häufig Artikel, die ein Problem von grösserer Bedeutung zur Diskussion stellen: die Uebertragung der in andern Ländern, namentlich Deutschland, in Anwendung gebrachten industriellen Organisationsformen auf die Schweiz. Es sei deshalb hier einmal der Versuch gemacht, die erfolgten Umwälzungen in Deutschland zusammenfassend darzulegen. Einerseits, um sie der schweizerischen Arbeiterschaft bekanntzugeben, andererseits, um eine Diskussion anzuregen, inwiefern die Schweiz geeignet erscheint, andernorts gemachte Erfahrungen anzuwenden, und die Stellung der Arbeiterschaft hierzu zu präzisieren. Die Unternehmer der Schweiz scheinen der Ansicht zu huldigen, dass zur Ueberwindung der Krise nur die alten primitiven Mittel, *Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit*, in Anwendung gebracht werden könnten. Deshalb die heftige Agitation gegen die 48stundenwoche, deshalb der Kampf aller bürgerlichen Elemente im Nationalrat zur *Umänderung des Artikels 41 des Fabrikgesetzes*.

In dieser historischen Epoche ist es nicht uninteressant, Vergleiche anzustellen, ob die Leiter der schweizerischen Industrie tatsächlich den Versuch gemacht haben, ihre Betriebe gemäss den Fortschritten der Zeit organisatorisch den veränderten Verhältnissen anzupassen. Das scheint uns mehr als fraglich. Es muss allerdings bei Vergleichen in Rechnung gestellt werden, dass nicht alles, was in Deutschland unternommen wurde, auf die Schweiz zu übertragen ist; das verbietet schon die Verschiedenheit der ökonomischen Struktur beider Länder. In Deutschland finden wir Urprodukte, wie Kohle, Eisen usw., die von der Schweiz unter erschwerten Be-

dingungen eingeführt werden müssen. Eine *vertikale Konzentration* nach deutschem Muster könnte also nur in beschränktem Umfange, z. B. in der chemischen Industrie, Aluminiumfabrikation und -weiterverarbeitung oder in der elektrotechnischen Industrie zur Durchführung gelangen. Hingegen scheinen uns die Vorbedingungen zur Anwendung der *horizontalen Organisation* in gewissen Industrien, z. B. der Metallindustrie, durchaus gegeben zu sein.

Bei Betrachtung aller ökonomischen Probleme der Schweiz muss die durch den Weltkrieg erfolgte total veränderte Einstellung dieses Landes auf dem Weltmarkt in Berücksichtigung gezogen werden. Vor dem Kriege war die Schweiz ein Land mit ausgeprägter Spezialfabrikation. Im übrigen galt sie vielfach nur als industrielle Filiale der umliegenden Grossstaaten. Die günstigen Aktiengesetze, das billige Geld, welches nach Anlage suchte, waren die Triebfedern der Industriegesellschaften des Auslandes, hier Filialen zu errichten oder Trustgesellschaften ins Leben zu rufen. Ein erheblicher Teil des Nationalvermögens ging somit über die Grenze. Heute ist dies anders geworden. Heute ist die Schweiz ein kapitalistischer Knotenpunkt allerersten Ranges. Der hohe Kurs des Schweizer Frankens gab dem Schweizer Geld auf dem internationalen Geldmarkt eine Ueberlegenheit, die dasselbe zu einem gesuchten Spekulationsobjekt machte, aber auf der andern Seite die Exportfähigkeit der Industrie ganz empfindlich einschränkte. Heute befindet sich in der Schweiz eine solche Menge von Trustgesellschaften, die hier ihren Sitz haben, dass man einige Seiten dieser Schrift notwendig hätte, um sie nur zu registrieren. Die gegenwärtige ausserordentliche *Flüssigkeit des Schweizer Geldmarktes*, die den Schweizer Kapitalisten grosse Mühe macht, ihre reichlichen Geldmittel ertragreich unterzubringen, wird weiter das Bestreben fördern, in ausländischen Industrien Investitionen vorzunehmen. Es ist also festzustellen, dass die Schweizer Arbeiterschaft einer durch den Krieg und seine Folgen bereicherten Bourgeoisie gegenübersteht, die nicht nur aus der nationalen Produktion ihren Gewinn zieht, sondern deren Einnahmequellen auf mehrere Länder verteilt sind.

*

Das Wesen der *deutschen* industriellen Organisationsform der Gegenwart erwuchs zum Teil aus der durch den Krieg veränderten Situation. Sie zeigte sich vor allem in der Zusammenfassung der Geld- und Sachkapitalien, in der Konzentration von Produktionswerkstätten und -unternehmungen. Doch dies war durchaus keine neue Tendenz, sondern die Entwicklung der letzten 50 Jahre wurde von derselben wie ein roter Faden durchzogen. Schon vor dem Kriege stellte Deutschland das Bild eines konzentrierten Industriestaates dar. Der natürliche Zug des modernen Industriekapitals, den persönlichen Kapitalisten in immer steigendem Masse aus den beherrschenden Positionen des Produktionsprozesses zu verdrängen und an dessen Stelle eine anonyme Gesellschaft von Aktionären (Aktiengesellschaften) zu setzen, hatte sich in Deutschland in ausgeprägter Weise durchgesetzt. Neben Amerika war Deutschland der höchst entwickelte und am besten organisierte Industriestaat der Welt. Hier wie dort war eine kapitalistische Entwicklung vor sich gegangen, die in kurzer Frist die Physiognomie des Landes veränderte, an Stelle der Agrarwirtschaft die kapitalistische Industrie und den Handel als ausschlaggebende Elemente setzte. Doch ging die Konzentration des Kapitals und der Gütererzeugung in Deutschland andere Wege als jenseits des Ozeans.

Während man in Deutschland in der Bildung von Kartellen und Syndikaten das Mittel gefunden zu haben glaubt, die freie Konkurrenz einzuschränken und die

Kräfte gewisser Produktionsparten zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzufassen, sehen wir in Amerika eine Vertristung der einzelnen Industriezweige sich Bahn brechen. Der kategorische Imperativ des sich entfaltenden Kapitalismus schrieb schon die Wege der Entwicklung in grossen Umrissen vor. In Amerika vollzog sich die ausserordentliche Zunahme und Konzentration der Gütererzeugung in intimer Wechselbeziehung mit der Vermehrung der industriellen Bevölkerung und ihrem Zusammenströmen in Industriezentren, mit der raschen Zunahme eines modernen Verkehrs, mit der Entwicklung des Kredits durch Banken und Börsen. Dieser Zug der Entwicklung ist in Deutschland fast der gleiche. Auch hier die rasche und durchgreifende Umwandlung vom Agrar- zum Industriestaat.

In Deutschland ging die Umwandlung der Einzelunternehmen zur Aktiengesellschaft sehr schnell vor sich. Diese Entwicklungsphase, die die *Loslösung des Kapitalisten von der Produktion* bedeutet und die an Stelle des industriellen Unternehmers die rentenschluckende, volkswirtschaftlich untätige Gesellschaft von Aktionären setzt, wurde bald von einer noch vollendeteren abgelöst: die freie Konkurrenz wurde verdrängt durch die *Kartellierung* und *Syndizierung*, das heisst, der freie Warenmarkt wurde von organisierten Interessengruppen zu beeinflussen gesucht. Spielte sich ehemals der Kampf zwischen den Warenproduzenten ab um den Konsumenten, ging er durch den Zusammenschluss der Produzenten zu starken Syndikaten und Kartellen gegen den Konsumenten. So erwachsen vor dem Kriege so mächtige Syndikate wie der Stahlwerksverband und das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat. Innerhalb dieser Syndikate, die das Produkt vom Urstoff bis zum Verkauf beherrschten, bildeten sich grosse, leistungsfähige Gesellschaften mit trustähnlichem Charakter. Im Stahlwerksverband und im Kohlensyndikat herrschte ungefähr ein Dutzend Aktiengesellschaften, die sowohl Kohlen- und Erzbergwerke wie Stahl- und Walzwerke, z. T. auch Maschinen- und Werkzeugfabriken besaßen. Auf dem Weltmarkt war sicher der Deutsche Stahlwerksverband der United States Steel-Corporation Amerikas (Stahltrust) ebenbürtig.

So ging die deutsche Volkswirtschaft konzentriert und organisiert in den Krieg. Die Gewinne des Krieges verstärkten diese den grossen Industrien innewohnenden Tendenzen. Der Krieg war in Deutschland ein gewaltig wirkender Revolutionär auf dem Gebiet der Zusammenballung des Kapitals und der Gütererzeugung. Was vielleicht dreissig Jahre normaler Entwicklung nicht vermocht hätten, wurde in der Zeitspanne des Krieges erreicht. Getrieben wurde die Zusammenschlussbewegung durch die Inflation des Geldes. Der grosse Volksbetrug, der darin liegt, dass «Geld», mit Zwangskurs versehen, in Massen hergestellt und in den Verkehr gepumpt wird, verwandelte sich für die Kriegslieferanten zum Segen. Infolge der Absperrung vom Weltgeldmarkt erhielt das Papiergeld einen innern Wert, der weit über dem berechtigten Niveau lag. So wurde das in Massen im Staate hergestellte und der Industrie übergebene Papiergeld in *Sach- und Goldwerte* verwandelt. Grundbesitz wurde erworben, Fabriken, mit neuen Maschinen ausgestattet, wuchsen wie Pilze aus der Erde. So konsolidierte sich die deutsche Grossindustrie im Kriege.

Der Novemberumsturz hat den Kapitalisten in Deutschland kein Haar gekrümmt. (Leider!) Die Konzentration ging weiter. Die Schwerindustrie erhielt für ihre abgetretenen Besitzungen in Lothringen, an der Saar und in Luxemburg erhebliche Mittel, teilweise in Frankenwährung ausbezahlt. Und zu derselben Zeit, als die Arbeitermassen, in mehrere sozialistische Parteien zerspalten, über die *Möglichkeit der Sozialisierung* strit-

ten, begannen Industriekapitäne à la Stinnes mit der Sozialisierung nach ihrem Muster und türmten Quader auf Quader zu dem heute mächtig imponierenden Riesengebäude der Industriekonzerne.

Von der Struktur, Ausdehnung und Wesensart dieser Industriekonzerne soll hier nicht die Rede sein. Wir wollen nur ein Symptom dieser Konzerne hier einer kurzen Betrachtung unterziehen, das ist das *Wesen der Interessengemeinschaften*. Die deutschen Industriekonzerne stellen nicht fusionierte Riesengesellschaften wie die amerikanischen Trusts dar, sondern sind eine Organisation von zahlreichen Einzelgesellschaften, die in ihrer Eigenart als juristisch selbständige Unternehmungen bestehen blieben und nur durch Interessengemeinschaftsverträge mit wechselndem Charakter zu einem grossen Ganzen zusammengefasst wurden. An die Stelle der früher üblichen vollständigen Verschmelzung ist die lose Form der gegenseitigen Ergänzung durch Verträge und wechselseitige Aktienbeteiligung getreten.

So ist heute die deutsche Farbstoffindustrie (Anilinfabrikation) zu einer einzigen Interessengemeinschaft verschmolzen. Die Gewinne der einzelnen Gesellschaften werden zusammengeworfen und nach einem Schlüssel verteilt. Die Produktion ist so geregelt, dass sie den höchsten Nutzeffekt abzuwerfen in der Lage ist. Nach aussen tritt die Anilingruppe vollständig geschlossen auf. Ein Trust nach dem Muster Onkel Sams würde die Geschlossenheit und Beweglichkeit nicht in so ausgeprägter Form zutage treten lassen wie der deutsche Anilinkonzern. Die Schweizer Farbstoffindustrie um Basel ist übrigens ebenfalls zu einer Interessengemeinschaft verbunden.

Gegenüber den Trusts jenseits des Ozeans, die als Riesenbetrieb eine bestimmte Industrie leiten, sehen wir hier Gebilde, die sowohl «horizontal» als «vertikal» die Produktion bis zum letzten Abnehmer beherrschen. Der *Stinneskonzern* geht von eigenen Kohlen- und Erzgruben aus, besitzt Hochöfen, Walz-, Puddel-, Stahl- und Siemens-Martinwerke, Maschinenfabriken, Eisengiesereien, Eisenkonstruktionen, Schiffswerften, Strassenbahnen, Transport- und Schiffahrtsgesellschaften, unzählige Bureaus im Auslande, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke, und durch die Siemens-Schuckert-Werke beherrscht er fast die Hälfte der ganzen deutschen Elektrotechnik mit ihren Zweiggemeinschaften. Da die Alpine Montangesellschaft in Oesterreich ebenfalls dazu gehört, greift der Stinneskonzern weit über Deutschlands Grenzen hinaus. Alles, was man sich nur zu denken vermag, wird in diesem Riesenorganismus selbst erzeugt. Vom Urstoff in der Erde bis zur Metallfadenlampe. Trotzdem besteht der Konzern aus zahlreichen (1400) selbständigen Unternehmungen und Betrieben. Eine fein durchgebildete Organisation, die jedem zugehörigen Glied sein Spezialgebiet zuweist — und durch das Ganze kreisen die Milliarden, ohne dass dies nach aussen in Erscheinung tritt. Zusammengehalten und geleitet wird dieser äusserst lebendige und bewegliche Koloss durch eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die «Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union» firmiert, welche nur über 517,000 Mark (heutiger Kurswert 5200 Schweizer Franken) verfügt. In dieser Gehirnzelle sitzt nur ein halbes Dutzend Personen. So wirken kapitalistische Organisationen! Das alles kam zustande durch das Mittel der Interessengemeinschaft.

Dem Schreiber dieses fehlen die genauen Kenntnisse der schweizerischen Verhältnisse, so dass die Frage von mir nicht so ohne weiteres bejaht werden kann, ob auch in den Schweizer Industrien durch eine systematisch durchgebildete Organisation die Produktion und der Absatz verbilligt und somit die Arbeit jedes einzelnen Arbeiters produktiver gestaltet werden könnte. In Nr. 11 der Exportbeilage der «Neuen Zürcher-Zeitung» vom

16. März 1922 wird von einem Schweizer Industriellen die Möglichkeit einer schärfern Zusammenfassung der Metallindustrie restlos zugegeben. Es heisst dort u. a.:

«Solange die Exportmöglichkeiten unserer Industrien sozusagen unbeschränkt waren, mochte die allzu grosse Zersplitterung der Produktion in unserm kleinen Lande angehen. Nachteile machten sich allerdings seinerzeit schon geltend in der verhältnismässig geringen Rendite vieler Werke. Die Generalunkosten im Verhältnis zum möglichen Absatz sowohl als die Werkstattspesen im Vergleich zu der verhältnismässig kleinen Produktion verschiedenartigster Teile sind zu hoch. Alsdann fehlte es einerseits an straffer Verkaufsorganisation, andererseits konnten die an die Produkte zu stellenden Ansprüche nicht immer in vollem Masse befriedigt werden. Es drängt sich also von selbst die Lösung auf, in der Metallindustrie durch Bildung von Produktionsgruppen die Vorteile straff organisierter Verkaufsorganisation und tüchtiger Konstruktionsbureaus zu erreichen, gleichzeitig die Fabrikation zu verbilligen, letzteres durch geeignete Verteilung, so dass die Höchstleistung bei geringsten Unkosten erzielt wird. Solche Zusammenschlüsse ergeben auf die Dauer allerdings nur Erfolge, wenn sie als letztes Ziel nicht etwa nur die Hochhaltung der Preise durch Ausschaltung der Konkurrenz im Auge haben, sondern im Gegenteil die Verminderung der Gesteuerungskosten durch rationelle Arbeitsverteilung und relative Niedrighaltung der Unkosten. Dabei wird Konkurrenzfähigkeit erzielt in bezug auf Preis und hohe Vollendung des Produktes. Durch die Stärke der Verkaufsorganisationen solcher Gruppen ist etwa auftretende Konkurrenz von vornherein zum Misserfolg verurteilt.»

So wird also die Möglichkeit einer Umgruppierung der industriellen Organisationsformen von Schweizer Industriellen durchaus zugegeben und propagiert. Es liegt nun an der Schweizer Arbeiterschaft, diesen Problemen ebenfalls näherzutreten. Zu begrüssen wäre, wenn anlässlich des Kampfes um den Achtstundentag den Unternehmern zu Gemüte geführt werden könnte, dass sie, ehe es zu einer solchen reaktionären Massnahme, wie gesetzliche Verlängerung der Höchstarbeitszeit, kommt, erst ihre Betriebe auf eine moderne, zweckmässigere Organisationsform zu bringen hätten.

P. U.



Sozialpolitik.

Arbeitslosenfürsorge. Nachdem sich der Widerstand gegen die vom Bundesrat dekretierte Reduktion der Arbeitslosenunterstützung in immer stärkerer Masse bemerkbar machte, sah sich der Bundesrat gezwungen, zu den Besprechungen nach Beibehaltung der alten Unterstützungsansätze Stellung zu nehmen. Das Ergebnis finden wir im Kreisschreiben vom 26. Juni 1922 an die Kantonsregierungen.

Es wird festgestellt, dass zur Herabsetzung der Ansätze das Sinken der Lebenshaltungskosten Anlass gegeben habe. Es sei ferner mit einer längeren Dauer der Arbeitslosigkeit zu rechnen, und es müsse in Anbetracht der bereits gebrachten Opfer mit den Mitteln haushälterisch umgegangen werden. Die grosse Mehrheit des «Volkes» würde es nicht verstehen, wenn von den neuen Ansätzen wieder abgewichen würde. In Fällen, da in gewissen Gegenden mit besonders ungünstigen Lebensverhältnissen ein unbedingtes Bedürfnis nach einer Zulage bestehe, könne dem durch Gewährung entsprechender Herbst- und Winterzulagen Rechnung getragen werden, und der Bundesrat sei bereit, die Frage zu prüfen, ob auf diesem Wege eine Lösung gefunden werden könne.